Der Ortsverein/Unterbezirk/Bezirk möge beschließen:

Adressat: Parteivorstand

# Gemeinsam für Klima und Umweltschutz

#### CO2-Bepreisung

Wir fordern eine CO2-Steuer von anfangs mindestens 35 Euro pro ausgestoßener Tonne CO2, die dann sukzessive an die realen Schadenskosten von rund 180 Euro die Tonne CO2 anwachsen würde. Dieses Modell ermöglicht, die zusätzlichen öffentlichen Einnahmen durch die Steuer entweder in Form von Pro-Kopf-Klimaprämien oder durch die gezielte Senkung anderer Steuern und Abgaben sozialverträglich zu gestalten.

#### Verkehr und Mobilität

Wir wollen eine Investitionsoffensive in den ÖPNV, in Radwege und die Technologien der Zukunft. Das alles wird nur gehen, wenn wir zugleich das fossile Zeitalter der Mobilität auslaufen lassen. Der individuelle PKW hat keine Zukunft – schon gar nicht, wenn er nicht elektrisch betrieben wird. Daher fordern wir ein Verbot der Neuzulassung von Benzin- und Diesel-PKW ab dem Jahr 2030. Wenn wir das Angebot der Bahn endlich massiv ausbauen, gehören Inlandsflüge bis 2030 der Vergangenheit an.

Die modernen decarbonisierten Antriebstechniken der (Auto)Mobilität sind staatlich zu fördern. Die Elektromobilität und Wasserstoffantriebstechniken stehen dabei im Vordergrund.

#### Planungswende im Städtebau hin zur sozial-ökologischen Stadtplanung

Wir setzen uns für ein Aufleben des Bundesprojekts Soziale Stadt unter Einbeziehung ökologischer Planungsvorgaben ein. Es bedarf flächendeckender Gebäudesanierungen, um Klimaneutralität im Bestand zu erreichen; Diese müssen sozialverträglich durchgesetzt werden, z.B. durch Abschaffung (oder Reduzierung auf z.B. 5%) der Modernisierungsumlage zulasten der Eigentümer\*innen. Wir sprechen uns für eine Förderung neuer innovativer Konzepte für klimaneutrale Neu- und Umbauten aus. Dazu gehören z.B. energieautarke Gebäude mit energieproduzierenden Einheiten (Mieter-Solar-Strom).

#### Energiewirtschaft

Deshalb wollen wir Anwohner\*innen und Kommunen besser finanziell an den Einnahmen beteiligen und die Abgaben und Umlagen beim Eigenverbrauch wie auch beim Mieter\*innenstrom auf das Notwendigste begrenzen. Herzstück einer erneuerbaren Versorgung mit Strom und Wärme müssen kommunale Stadtwerke und Bürger\*innengenossenschaften sein. Denn Energie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Profitstreben der Energiekonzerne unterworfen werden.

Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien über dezentrale Strukturen und Speicher unterstützen.

#### Industrie

Deutschland ist Industrieland und Land der Dienstleistungen, denn der Großteil der Beschäftigung wird in Dienstleistungsberufen angeboten. Aber insbesondere die energieintensive Industrie steht vor großen Herausforderungen.

Neben ambitionierten Vorgaben für Energieeffizienz braucht es klar definierte Zielmarken, wie die Prozessemissionen auf netto null gesenkt werden sollen. Schlüssel dafür ist der Einsatz von grünem Wasserstoff und die Nutzung Erneuerbarer Energien, also Wind on- und offshore und Photovoltaik. Wir werden neben dem massiven Ausbau im eigenen Land auch Energiepartnerschaften mit anderen Ländern benötigen, um unsere Industrie mit ausreichend Wasserstoff versorgen zu können. Dabei ist uns wichtig, dass diese Partnerschaften auf Augenhöhe erfolgen und die Menschenrechte überall geachtet werden.

#### Landwirtschaft und Natur

Neben der Klimakrise zerstören auch die immer mehr Ressourcen fressende Intensivbewirtschaftung und die Massentierhaltung Ökosysteme und befördern das Artensterben. Wir brauchen eine radikale Wende in der Agrarpolitik, die Naturschutz, Tierwohl und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landwirte wieder in Einklang bringt und den massiven Bodenaufkauf stoppt.

Der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung muss reduziert, Reserveantibiotika, die dann eingesetzt werden, wenn andere Antibiotika nicht mehr wirken, komplett verboten werden. Dafür brauchen wir auch eine Stärkung der klimagerechten und artgerechten Tierhaltung und eine Begrenzung der Massentierhaltung.

Um die Stickstoffbelastung in der Landwirtschaft zu reduzieren, wollen wir den Einsatz von effizienteren Düngemitteln fördern. Auch der Pestizideinsatz soll reduziert werden. Die Überwachung des Grundwassers (auch in Industriegebieten) muss effektiver gestaltet werden. Wir brauchen eine aktive Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und einen Stopp der Flächensubventionen. Der Flächenaufkauf von landwirtschaftlich betriebenen Flächen durch Großkonzerne muss begrenzt werden. Zentral ist eine grundlegende Reform der europäischen Gemeinsamer Agrarpolitik (GAP), die immerhin gut ein Drittel des europäischen Haushaltes ausmacht. Die pauschalen Direktzahlungen müssen schrittweise abgebaut und durch gezielte Förderung von Umwelt-, Klima-, Biodiversität- und Tierschutzleistungen ersetzt werden.

Eine am Gemeinwohl ausgerichtete Agrarpolitik muss möglich gemacht werden. Zudem muss die GAP sich an den neuen Zielen des European Green Deal ausrichten, genauer an der EU-Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie. Nur so kann die überfällige Transformation der Landwirtschaft gelingen. Für nach bestimmten Produktionskriterien erzeugte heimische Lebensmittel soll die Mehrwertsteuer gesenkt werden. Diese Lebensmittel müssen dann auch entsprechend ausgezeichnet werden. Um das Bewusstsein für gute Ernährung zu schaffen, wollen wir ein Kita- und Schulprojekt „gesunde Ernährung“ schaffen.

Wälder tragen einen wichtigen Anteil an der Senkung der CO2-Emmissionen. Daher ist eine klimagerechte Aufforstung ebenso die der Schutz natürlicher CO²-‚Senker‘, wie z.B. Moore, unerlässlich. Auch der Humusaufbau in Böden muss vorangetrieben werden, da dieser gut für Klima und Biodiversität ist.

**Begründung**

Windräder und Photovoltaik sind bereits jetzt günstiger in Bau und Betrieb als Kohle, Öl und Gas. Doch statt den Umbau hin zu einer treibhausgasneutralen Energiegewinnung konsequent voranzutreiben, wurde viel zu lange auf die fossilen Beharrungskräfte Rücksicht genommen. Wir brauchen jetzt den klaren Systemwechsel. Alle Studien zeigen: Um unsere Klimaziele einzuhalten, muss der Kohleausstieg bis spätestens 2030 abgeschlossen sein. Dafür müssen jetzt alle Kräfte freigesetzt werden, um den stockenden Ausbau der Erneuerbaren Energien wieder in Fahrt zu bringen.

Für uns als SPD ist es zentral, eine ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik sozial zu gestalten. Einkommensstarke Haushalte tragen um ein Vielfaches mehr zur Klimakrise bei als Einkommensschwache. Daher bietet ein CO2-Preis, der sich an den realen Umweltkosten orientiert, die ideale Voraussetzung für die soziale Balance in der Klimapolitik.

Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet uns, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C, zu begrenzen. Dafür muss Deutschland bis spätestens 2050 vollkommen treibhausgasneutral sein. Die bestehenden Klimaziele sind nicht geeignet, Deutschlands Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise zu leisten und zusätzlich sind die bisher beschlossenen klimapolitischen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichend, um nur diese unambitionierten Ziele zu erreichen.

Wir brauchen einen sozialen Neustart für den Klimaschutz. Dazu gehört die Angleichung der Klimaziele an das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Niveau. Zentral sind aber die Instrumente, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Wir brauchen klare Regeln durch Ordnungsrecht und eine Steuerreform, die den Faktor Arbeit entlastet und emissionsintensives Verhalten belastet.

Unabhängig von einem wirkungsvollen CO2-Preis bedarf es sektorspezifischer Maßnahmen in der Mobilität und Industrie, bei den Gebäuden und beim Ausbau der Erneuerbaren Energien.